

Dr. Margarete Schramböck
Bundesministerin für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

buero.schramboeck@bmdw.gv.at
Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.205.519

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1315/J-NR/2020

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1315/J betreffend "Rahmenvereinbarung Cybersecurity", welche die Abgeordneten Douglas Hoyos-Trauttmansdorf, Kolleginnen und Kollegen am 26. März 2020 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage:

1. *Welche Schritte wurden ab dem Zeitpunkt der Entdeckung des Cyberangriffs auf das BMEIA vonseiten des BMDW bzw. des Bundesrechenzentrums gesetzt, um die Sicherheit der IT-Systeme des BMEIA wiederherzustellen?*
2. *Welche Beschaffungen wurden ab dem Zeitpunkt der Entdeckung des Cyberangriffs auf das BMEIA vonseiten des BMDW bzw. des Bundesrechenzentrums getätigt?*
 - a. *Bestehen Rahmenvereinbarungen bezüglich dieser Beschaffungen?*
 - i. *Wenn ja, welche?*
 - ii. *Zwischen welchen Parteien wurden diese Rahmenvereinbarungen geschlossen?*
 - iii. *Welche Leistungen wurden in diesen Rahmenvereinbarungen vereinbart?*
 - iv. *War es dem/den Vertragspartner/n des BMDW bzw. des Bundesrechenzentrums möglich, alle vereinbarten Leistungen selbst zu erbringen?*
 - v. *Mussten Leistungen vom Auftragnehmer in Kooperation mit Dritten erbracht werden?*
 1. *Waren/sind folgende Unternehmen unter diesen Kooperationspartnern? (1) SEC Consult GmbH, (2) Ikarus Security Software GmbH*

2. *Welche Leistungen wurden von den Kooperationspartnern erbracht?
Bitte um getrennte Darstellung nach Kooperationspartner.*
- vi. *Welche Stundensätze wurden von den Unternehmen, die nach Bekanntwerden des Cyberangriffs auf das BMEIA Leistungen erbrachten, veranschlagt?
Wie hoch waren die Gesamtkosten? Bitte um getrennte Darstellung der Stundensätze und Gesamtkosten pro Unternehmen.*
- b. *Gab es hier Ausschreibungen laut Bundesvergabegesetz?*
- i. *Wenn ja, für welche Leistungen?*
- ii. *Wenn nein, warum nicht? Bitte um Übermittlung der vergaberechtlichen Bestimmungen.*

Die Behandlung des Vorfalls im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres erfolgte durch einen interministeriellen Einsatzstab. Dazu ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1314/J durch den Herrn Bundeskanzler zu verweisen.

Wien, am 26. Mai 2020

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

